

**Staatsministerium für Kultur und Medien**

- Pressemitteilung vom 7. Juni 2012 -

**Kulturstaatsminister Bernd Neumann:  
„Steuerliche Mehrbelastung für Kunsthandel muss ausgeglichen werden“**

Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat heute hochrangige Repräsentanten des Kunsthandels, Rechtsexperten, Museumsleute und Galeristen, Vertreter entsprechender Bundesverbände und den Kulturrat ins Bundeskanzleramt eingeladen. Darüber hinaus nahmen Vertreter aus dem Bundesfinanzministerium und dem Bundeswirtschaftsministerium mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Hans-Joachim Otto teil. Thema des Gesprächs war der partielle Wegfall des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für den Kunsthandel aufgrund europäischer Vorgaben.

Kulturstaatsminister Bernd Neumann machte in diesem Gespräch den Repräsentanten deutlich, dass Überlegungen, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz in Deutschland beizubehalten und gegebenenfalls die steuerpolitischen Vorgaben auf europäischer Ebene zu ändern, leider nicht durchsetzbar und realistisch sind. Hierfür gäbe es zum jetzigen Zeitpunkt in der EU nicht genügend Mitstreiter. Bei Nichtbefolgung kämen auf Deutschland hohe Strafzahlungen aufgrund des Vertragsverletzungsverfahrens zu.

Kulturstaatsminister Bernd Neumann betonte weiter: „Diese Erhöhung stellt für die Branche eine starke Belastung dar. Deshalb ist es Ziel der Bundesregierung, kompensatorische steuerliche Entlastungen, die EU-konform sind, zu schaffen.“

Die Vertreter der Branche trugen in dem Gespräch entsprechende Anregungen vor. Dazu gehörte unter anderem:

- der Erhalt des ermäßigten Mehrwertsteuersatz für die Einfuhr von Kunstgegenständen und Sammlungsstücken aus Drittländern sowie den Erwerb vom Künstler direkt oder dessen Rechtsnachfolger und für bestimmte Gelegenheitsverkäufe

- breite und unkomplizierte Anwendbarkeit der Differenzbesteuerung, die nur die Handelsspanne und nicht den Gesamterlös des Händlers dem vollen Mehrwertsteuersatz unterwirft
- die Möglichkeit zur Anwendung einer pauschalierten Marge im Rahmen der Differenzbesteuerung.

Alle Teilnehmer stimmten darüber ein, dass es ein konstruktives und zielführendes Gespräch war. Der Staatsminister wird diese Vorschläge in die weiteren Beratungen von Regierung und Parlament einbringen.